

Antrag auf Stundung mit Selbstauskunft über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

Stadtverwaltung Freital
Kämmerei
Dresdner Straße 56
01705 Freital

Personennummer (PSK): _____

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich, _____
Antragsteller (Name, Vorname)

Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Telefon (tagsüber für Rückfragen)

- bitte um Stundung meiner bei der Stadt Freital ausstehenden Beträge in Höhe von _____ €.
Die Rückzahlung soll in Raten von _____ €, beginnend mit dem _____ und dann jeweils zum _____ des Monats erfolgen.
- bitte um Stundung meiner bei der Stadt Freital ausstehenden Beträge in Höhe von _____ €
bis zum _____.

Begründung:

Selbstauskunft:

I. Familienverhältnisse:

Geburtsdatum des Antragstellers: _____ Familienstand: _____

Beruf/Art der Tätigkeit des Antragstellers: _____

Beruf/Art der Tätigkeit des Ehegatten: _____

Anzahl und Alter der Kinder:
(auch Pflege-, Adoptiv- und Stiefkind) _____

Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt? _____

Wie viele Familienangehörige haben Sie zu unterhalten? _____

Besondere Verhältnisse:
(z. Bsp.: Erwerbsunfähigkeit, Krankheit u.s.w.) _____

II. Einkünfte:

Einkünfte/Einnahmen aus:

	Antragsteller (Nettobetrag/Monat in €)	Ehegatte (Nettobetrag/ Monat in €)
Gewerbebetrieb, selbständiger Tätigkeit, Land- und Forstwirtschaft	_____	_____
nichtselbständiger Arbeit	_____	_____
Name und Anschrift des Arbeitgebers	_____	_____
Vermietung und Verpachtung	_____	_____
Unterhaltsleistungen	_____	_____
Renten	_____	_____
Arbeitslosengeld	_____	_____
Arbeitslosengeld II	_____	_____
Sonstiger Art (Kinder-, Wohn, oder Krankengeld, Ausbildungsförderung, Erziehungsgeld etc.):	_____	_____

III. Vermögensverhältnisse:

Ist Grundbesitz vorhanden?

ja nein

Wenn ja, bitte Art (z. Bsp.: Einfamilienhaus, unbebautes
Grundstück) und Lage (Straße, Hausnummer und Ort) angeben:

Ist Betriebsvermögen vorhanden?

ja nein

Wenn ja, Bezeichnung:

Wurde bereits ein Zwangsversteigerungs- oder Insolvenzantrag gestellt? ja nein

IV. Kapitalvermögen:

Spar-, Bauspar- und Bankguthaben

Wertpapiere (z. Bsp.: Aktien, Schuldverschreibungen)

Sonstige Vermögenswerte (z.Bsp.: Bargeld, Sachwerte)

V. monatliche Aufwendungen, Verpflichtungen:

Miete einschließlich Nebenkosten

Berufsbedingte Aufwendungen
(z. Bsp.: Fahrtkosten, Arbeitsmittel)

Versicherungen (Lebens-, Kranken-, Pflege- oder
Haftpflichtversicherung)

Unterhaltsleistungen an Dritte

andere Rückzahlungsverpflichtungen

Sonstiges, bitte kurz anführen:

Sind in nächster Zeit Änderungen bezüglich der Einkünfte/Aufwendungen zu erwarten?

nein ja, _____

VI. außergewöhnliche Belastungen:

Schulden, Verbindlichkeiten	Art der Schulden, monatliche Belastung, Gläubiger	Restschuld (in €)
Darlehensschulden (für die oben aufgeführten Vermögenswerte)	_____	_____
Sonstige Verbindlichkeiten	_____	_____

VII. Ist Vermögen oder sind Einnahmen bereits an andere Gläubiger abgetreten, verpfändet oder sicherungsübereignet?

nein ja, nähere Angaben dazu:

Vermögensgegenstand/ Einnahmen	Sicherungsgläubiger Pfändungsgläubiger	Vertrag vom Pfändung vom	a) Abtretung b) Sicherungsübereignung c) Pfändung in Höhe von	wegen Schulden in Höhe von
_____	_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____	_____
_____	_____	_____	_____	_____

VIII. Welche Sicherheitsleistungen könnten geleistet werden?

- Hinterlegung von Zahlungsmitteln
 vorrangige Verpfändung von Wertpapieren
 vorrangige Verpfändung von Spareinlagen
 vorrangige Verpfändung von sicheren Forderungen
 Bestellung von erstrangigen Hypotheken, Grund- oder Rentenschulden an einem Grundstück
 Schuldversprechen, Bürgschaft oder Wechselverpflichtung eines tauglichen Bürgen
 sonstige _____

IX. Sonstige Angaben:

Haben Sie die Eidesstattliche Versicherung geleistet? ja nein

Wenn ja, bitte Einzelheiten angeben
(zuständiges Amtsgericht, Aktenzeichen u. Datum):

Ich/wir versichere/n, dass meine/unser Angaben vollständig und wahr sind. Zur Prüfung der o. g. Angaben können im Zweifelsfall entsprechende Nachweise angefordert werden. Weiterhin ist mir/uns bekannt, dass die Angabe falscher Erklärungen oder das absichtliche Verschweigen von Tatsachen zum Widerruf einer gewährten Stundung führt.

Nach den Vorschriften des Sächs. Datenschutzgesetzes wird darauf hingewiesen, dass die vorstehenden Angaben für die Gewährung der von Ihnen beantragten Billigkeitsmaßnahme erforderlich sind. Verweigern Sie diese Auskünfte, erfolgt die Entscheidung über den Antrag nach der vorhandenen Aktenlage!

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)